

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

**Einziges Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten**

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzolamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



**Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten**

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage  
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May & S. in Bischofswerda. Fernspr. Nr. 22

**Zeichnungsweise:** Jeden Werktag abends für den folgenden Tag.  
**Bezugspreis:** für die Zeit vom 2. Febr. bis 15. Febr.: Frei ins Haus vierzehntägig Mk. 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverkäufer und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

**Postcheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeforderniskasse Bischofswerda Konto Nr. 64.**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis (in Goldmark):** Die 43 mm breite einpaltige Grundstiftzeile 20 Pfg., örtliche Anzeigen 15 Pfg., die 30 mm breite Reklamespalte (im Textteil) 50 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Wechselkurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Zuschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 40.

Dienstag, den 17. Februar 1925.

80. Jahrgang

## Tageschau.

Reichskanzler Dr. Luther hielt am Sonntag in Königsberg zum Beginn der 10. deutschen Ostermesse eine Rede, in der er Ostpreußen als deutsche Wacht im Osten bezeichnete.

Gegen den Abg. Lange-Hegermann, sowie gegen die Rechtsanwältin Justitzart Werthauer und Engelbert ist die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet worden.

In Nürnberg sind umfangreiche Verhaftungen von Schrotl ins Ausland aufgedeckt worden.

Der deutschen Handelsdelegation in Paris sind von französischer Seite neue Vorschläge zu dem abzuschließenden Handelsvertrag unterbreitet worden.

## Sumpf.

Wirre Zeiten entzünden alle schlechten Triebe der Menschen. Es lösen sich, nach des Dichters Wort — „alle Bande frommer Scheu“ —, der Gute räumt den Pfad dem Bösen, und alle Laster walten frei“. Die Geschichte meldet von anderen Völkern, z. B. den Griechen und Römern des Altertums, den Franzosen aus den Zeiten der Revolutionen von 1789—95 und 1848, daß dort die schlimmste moralische Korruption, die sich in den widerwärtigsten Dingen zu erkennen gab, geherrscht habe, als der Staat in seinen Grundfesten wankte. Wo Sumpf ist, wuchern auch gefährliche Sumpfpflanzen üppig. Unser Volk durchlebt seit mehreren Jahren die gefährlichste äußere und innere Erschütterung, die es je gehabt hat. So hat sich denn auch ein furchtbarer moralischer Sumpf gebildet, aus dessen dunklen Tiefen seit langem die übelsten Giftbläsen aufsteigen. Was haben wir in den letzten Jahren doch alles an großen und kleinen „Standalen“ erlebt, wovon die Gerichtssäle widerhallen und Gefängnisse und Jugendhäuser predigen! Wer will all die Betrugs- und Schwindelaffären, die großen und kleinen Schieibungen, die Meineids-, Raub- und haarsträubenden Mordgeschichten, die Diebstähle im großen und kleinen, die Erpresser- und Hochstaplergeschichten und all die taufende Verbrechen sonstiger Art aufzählen! Wir erleben so etwas in so reicher Fülle, daß man es als alltäglich empfindet und achtlos beiseite läßt. Vielleicht hat kaum jemand für möglich gehalten, daß alles haarsträubende, was geschieht, noch überboten werden könnte. Und doch haben die letzten Wochen von vor Weihnachten bis jetzt so große Sumpfböden zerplatzen lassen, daß ein Schauder überkommt, der verliert „Mensch“, der Münsterberger Massenmörder, die Engroschleber Weber und Kautzer — wer weiß, was noch kommt! Wenn man das liest, was diese faulernen Zeitgenossen alles an Schuld auf sich geladen haben und daran denkt, was schon alles an Ähnlichem geschah und noch geschehen wird, dann fällt einem Selbst „Tod des Tiberius“ ein, worin es heißt: „Nichtswürdig alle — stets daselbe Lied!“ Die Augen vor solchen Schanden zu verschließen, sie am Ende noch mit dem Mantel der Liebe zudecken, oder sie zu entschuldigen mit dem oberflächlichen Hinweis, das wären „Zeiterscheinungen“, die mit in Kauf genommen werden müßten, wäre Verrat an der Seele des Volkes. Sumpfböden verschwinden, wenn der Sumpf selbst rückständiglos trocken gelegt wird. So hat also jeder an seinem Teil mit der Pflicht, dem moralischen Sumpf, der unser Volk bedroht, zu Liebe zu rücken, und zunächst die Ursachen zu erkennen suchen, die zur Korruption geführt haben. Es gibt viele Ursachen, aber die hauptsächlichste ist das freche Sichherbeordnen der brutal materialistischen Weltanschauung. Nach ihr ist der Mensch — und nur er allein — das Maß aller Dinge. Er kennt keinen Gott im Himmel oder eine sonstige Autorität. Sein Befolgen sind Frechheit, widerwärtigste Selbstsucht, Verhöhnung von Gesetz und Ordnung, wilde Genußsucht, Habgier, völlige moralische Verwahrlosung und sonstiges Geschmeiß. Kann man solche Giftbläsen ausrösten? Jamohl! — wenn sie rückständiglos abgerissen werden. Wenn die nicht materialistisch eingestellten Volksgenossen sich zur Seelengemeinschaft zusammenfinden und dem Sumpfgewinn mit der Feuerkraft des guten Geistes zu Liebe gestehen! Es hat sich doch einst ein Herkules gefunden, der den Augiasstall ausräumte und der giftigen Hydra alle Köpfe ausbrannte! Der größte Teil unseres Volkes ist Gott sei Dank noch gesund genug, um die Herkulesarbeit der Ausbrennung des moralischen Sumpfs der Gegenwart zu verrichten. Vielen Weichfertigen im Denken, die fünf gerade sein lassen, werden die Augen geöffnet werden, und sie werden Mitwisser bei solcher Herkulesarbeit werden!

## Barmat-Romödien.

Der preussische Barmat-Ausschuß ist nicht eine Szene, die zum Tribunal wird, sondern ein Tribunal, das zur Szene wird. Dabei man Szene schon weniger im Sinne eines Dramas, als im Sinne eines Revue-theaters zu verstehen hat. Der tüchtige und geschickte Vorsitzende des Ausschusses, Herr Leidig, möge uns deswegen nicht böse sein. Er hat die Polizei holen lassen, weil ein Abgeordneter seinen Ausschuh eine Komödie nannte. Hand aufs Herz, es ist nicht nur eine Komödie, sondern eine ganze Kette von Komödien. Herr Leidig also rief nach der Behauptung von der Komödie nicht zurücknehmen wollte. Aber die von Geschäftsordnung wegen sozusagen verfassungsmäßig gewordene Parlamentswache war nicht da. Bekanntlich ist die Polizei sehr oft nicht da, wo sie gerade gebraucht wird. Aber man befand sich gerade in der Zeugenvernehmung des bisherigen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter. Herr Richter war in dieser Barmat-Sitzung noch vollkommen richtiggehender Polizeipräsident, und so durfte er auch noch eine Amtshandlung vornehmen. Er zitierte fünf Schutzpolizisten herbei, die Ordnung schafften, indem sie drei Ausschuhmitglieder abführten. Der intime Freund Barmats holt die Polizei, um Barmat-Ausschuhmitglieder zu entfernen. Wenn das keine Komödie ist, so hat es niemals eine Komödie gegeben!

Hoheitlich funktioniert die Parlamentswache in Zukunft prompter. Wie wäre es beispielsweise, wenn man alle diejenigen abführen ließe, die belästigendes Material gegen Barmat und Genossen vorbringen wollen? Sozialdemokratie und ihre demokratischen Anhängler müßten doch von dem Vorschlag begeistert sein. Dann hätten sie es nicht mehr nötig, in ihren Organen durch tendenziöse Wiedergabe der Ausschuhberichte bei der öffentlichen Meinung für sich um Gnade zu flehen.

Herr Richter war übrigens in puncto Festnahme von Barmatgegnern kein Reuling mehr. Er ließ kürzlich auf dem Bahnhof Zoo einen Privatmann mit der Begründung festnehmen, daß er Material über die Barmats bei sich führe, das geeignet wäre, hohe politische Verantwortlichkeiten zu kompromittieren. Der Bork als Gärtner.

Aber bleiben wir bei den Vorgängen im Barmat-Ausschuß selbst. Wenn irgendeine wirklich interessante Frage gestellt wird, so pflegt der Ausschuh beispielsweise mit dreizehn gegen elf Stimmen zu beschließen, daß die Frage unzulässig sei. Ist das etwa keine Komödie? Fraglich bleibt freilich, ob es sich auch dann noch um Komödien handelt, wenn so vielerlei mit dem Mantel der Liebe immer wieder zugedeckt wird, nachdem man eben ein Hippelchen des Mantels gelüftet hat. Damit meinen wir u. a. die Kunstlerschiebungen mit dem Wohnungsamt. Hier böte sich einmal die Gelegenheit, in die Wohnungsamts-Korruptionen wirklich hineinzuleuchten. Aber dann wird die Sache einfach damit abgetan, daß es heißt, ein fragwürdiger Beamter wäre später „aus anderen Gründen“ entlassen worden.

Kurz und gut, der Barmat-Ausschuß erzeugt grimmige Humore. Aber wer kann sich noch durch die Hunderte von Reuenernnummern durchfinden! Nur zuweilen bringt der harmlose Beobachter aus dem Publikum noch die Kraft auf, die einzelne Komödie in ihrer ganzen späßhaften Paradoxie zu fassen.

## „Rätkens“ Geschenke an Richter.

Bei Berlin wird uns geschrieben: Bei der letzten Vernehmung des Polizeipräsidenten Richter stellte der deutschnationale Abg. Koenecde eine Frage an den Zeugen, ob ihm ein Fräulein Huber bekannt sei und wie deren Aufenthaltsbewilligung zustande kam. Auf Antrag des demokratischen Abg. Riedel wurde diese Frage vor dem Ausschuh als nicht zum Beweisthema gehörig abgelehnt. Die „Berliner Börsenzeitung“ ist in der Lage, diese Lücke im Bilde der Beziehungen, des Herrn Richter zu Barmat auszufüllen.

Es handelt sich, wie wir aus einer von uns für zuverlässig gehaltenen Quelle lesen, um die in Österreich geborene Katharina Huber, die unter ihrem Künstlernamen Lundgreen bekannt geworden ist. Die Bekanntheit dieser Dame machte Julius Barmat in einem Lokal am Kurfürstendam in Gegenwart der Herren Heilmann und Gradnauer, die sich in größerer Gesellschaft befanden. Später hat Barmat der Lundgreen, die zunächst in einem Pensionat in der Luisenparkstraße wohnte, aus gewissen Gründen einen Quartier-

wechsel vorgeschlagen. Von da an wohnte sie bei Anwesenheit Barmats in einer eleganten Zimmerflucht in einem Hotel Unter den Linden, bei seiner Abwesenheit in einem Pensionat in der Winterfeldstraße. Wenn Barmat nicht in Berlin war, machten sich seine engsten Freunde eine Ehre daraus, Fräulein Lundgreen zu unterhalten. Es wurden in ihrer Wohnung intime Feste veranstaltet, zu deren Besuchern u. a. auch der Polizeipräsident Herr Richter gehörte. Aus Dankbarkeit beschenkte Fräulein Lundgreen, die eine sehr offene Hand hatte, ihre Verehrer mit allen möglichen Kostbarkeiten. So erhielt Herr Richter u. a. eine Rosenthal Porzellanlampe, die ihm zunächst in sein Dienstzimmer ins Polizeipräsidentium gebracht und dann in seine Wohnung geschafft wurde. Andere Herren — es gehörten zu dem Kreise auch Heilmann, Kap. Wels — bekamen echte Teppiche, Frühstücksörbe, Bronzen, ja sogar Babynussfiguren. Selbstverständlich wurde die Geldfrage durch Herrn Barmat erledigt; und da Heilmann die Berechnung kannte, konnten die Freunde, die ja auch die Senen waren, wohl niemals im Zweifel sein, wer sie eigentlich beschenkte.

Diese Verhältnisse dauerten eine ganze Weile, bis die Situation durch Indiskretionen der Lundgreen den Beteiligten ungemütlich wurde. Kurzer Hand veranlaßte man Barmat, sie abzuschieben, und der Berliner Polizeipräsident Richter besorgte ihr durch seinen Sekretär Stöder die Pässe. Dies alles vollzog sich mit solcher Geschwindigkeit, daß ein von ihr auf den nächsten Tag angelegtes Wohlthätigkeitsfest abgesetzt werden mußte. Die Lundgreen verschwand damals spurlos, ist aber inzwischen von der Staatsanwaltschaft ermittelt worden und wird demnächst im Barmat-Prozess als Zeugin erscheinen.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Februar. In der Sitzung am Sonnabend beschäftigte sich der Reichstag u. a. mit mehreren Anträgen, die sich mit Lehrgängen der höheren Schulen beschäftigen, und hierbei wurde die Debatte ziemlich ausführlich. Von sozialdemokratischer Seite wurde stark bemängelt, daß seitdem die Nationalversammlung das Grundschulgesetz geschaffen hat, die Initiative der Reichsgesetzgebung auf dem Schulgebiet völlig erlahmt sei. Es müsse ein besonderer Reichskulturrat geschaffen werden. Abg. Dr. Philipp (Deutschnat. Bp.) wendet sich gegen die Vertüfung der Schulzeit in der höheren Schule und fordert ein Gesetz zum Schutze der neunjährigen höheren Schule. Mit den Schulsperimenten müsse man jetzt aufhören. In Hamburg sei der Versuch der achtjährigen Schule vollkommen gescheitert. Begabte Kinder müßten die Möglichkeit haben, nach drei Jahren Grundschule zur höheren Schule überzugehen. Das bedeute keine Standesschule. Die Begabung mache keinen Unterschied zwischen arm und reich. Demokratischer Schematismus sei hier nicht angebracht. Abg. Dr. Runkel (D. Bp.) erklärt, die Deutsche Volkspartei stehe durchaus auf dem Boden der Grundschule. Der Redner tritt gleichfalls dafür ein, daß eine Möglichkeit geschaffen werde, die Grundschule auch in drei Jahren zu absolvieren. Vier Jahre lang begabte Kinder in der Grundschule festzuhalten, bedeute eine Verwahrlosung an der Seele dieser Kinder. Die Entscheidung über die Ueberführung in die höhere Schule werde ja nicht von den Portemonnaiebesitzern, sondern vom Lehrerkollegium getroffen. Von demokratischer Seite wurde ein Rahmengesetz gefordert, um die Zerspaltung des Schulwesens zu vermeiden. Dabei soll die Schulhoheit der Länder nicht angetastet werden. Das Zentrum setzte sich lebhaft für die Erhaltung der konfessionellen Schulen ein.

Als Regierungsvertreter betonte Staatssekretär Schulz, daß man über alle diese Einzelfragen erst mit den Ländern und über die Kostenfrage mit dem Finanzministerium in Verbindung treten müßte. Schließlich wurden sämtliche Anträge dem Bildungsausschuß überwiesen.

Am Montag um 1 Uhr soll der Haushalt des Reichsvertehrministeriums in Angriff genommen werden.

## Gegen die 3. Steuernotverordnung.

Berlin, 15. Februar. Die Landesverbände Berlin, Brandenburg der Hypothekengläubiger und Sparerschulverbände für das Deutsche Reich hatten heute eine Protestversammlung gegen die Dritte Steuernotverordnung nach Berlin einberufen. Dabei kritisierte Prof. Mayr (Heidelberg) den Reichstag, der die Aufwertungsfrage nicht mit dem genügenden Nachdruck in Angriff nehme. Nicht 15 v. H. in 32 Jahren, wie es die Dritte Steuernotverordnung vor-